

österreichischen Brüdern eins fühlen, und diese müssen, ohne von österreichischen Interessen etwas aufzugeben, unsere besonderen nationalen Bestrebungen verfolgen. Der selbständige ungarische Staat im Rahmen der Monarchie ist nicht gegen die Monarchie, sondern stärkt sie vielmehr.

Ich richte an alle diejenigen, denen das Gedeihen des Vaterlandes am Herzen liegt, die Bitte, behilflich zu sein, daß die Beziehungen zu Oesterreich brüderliche seien. Ich muß aber auch an die Völker Oesterreichs die Bitte richten, sie mögen unter Beiseiteschiebung kleinlichen Hasses und von Eifersüchteleien von dem Wohlwollen durchdrungen sein, daß sie nur Hand in Hand mit uns, im gegenseitigen Vertrauen und in gegenseitiger Liebe zueinander, den Interessen der Monarchie dienen können. Wir müssen im gegenseitigen Einverständnis in unsern Beziehungen zu dem großen verbündeten Deutschen Reich dastehen. Wir dürfen nicht verschiedene Wege gehen und auf Oesterreichs Kosten uns Vorteile zu sichern trachten oder umgekehrt. Dies wäre keine Politik im Interesse der Monarchie. Nach außen hin gegenüber Dritten müssen wir unter strenger Wahrung unsrer staatlichen Selbständigkeit die Monarchie stärken und mit dem Deutschen Reich solche Beziehungen anknüpfen, die sowohl in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht dem Bündnisverhältnis entsprechen. Es ist die Frage viel erörtert worden, ob eine Annäherung an das Deutsche Reich auf wirtschaftlichem Gebiete nicht unsere wirtschaftlichen Interessen schädigen werde. Ich kann mir ein Verhältnis, das ungarische Interessen aufgeben würde, nicht vorstellen. Es gibt zwischen Oesterreich, dem Deutschen Reich und Ungarn noch ein auf nationaler Basis beruhendes Band, und zwar die Verteidigung gegen die Strömung, die eine zweite Ursache des Krieges war, nämlich die Hegemonie des slavischen Stammes.

Der Minister sprach sodann von den Beziehungen zu den Balkanvölkern und erklärte, daß nach dem Kriege trotz der Erfahrungen der Vergangenheit uns nicht die Politik der Rache leiten werde.

Schließlich erbat der Minister das Vertrauen der Wählerschaft gegenüber der Regierung.

Die Rede des Ministers wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Wiener Angelegenheiten.

Wiener Gemeinderat.

Die gestrige Sitzung des Gemeinderates dauerte bis in die Nachstunden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner schloßerte in großangelegter Rede die Mehlerverorgung Wiens und nahm im Verlaufe seiner Ausführungen Gelegenheit, auf das entscheidendste dagegen Stellung zu nehmen, daß das Amt für Volksernährung durch die Unterstellung unter das Ministerratspräsidium zu einer untergeordneten Bedeutung gelange, während die Gemeinde Wien wiederholt im Interesse der konsumierenden Bevölkerung die Umwandlung des Volksernährungsamtes in ein mit allen Vollmachten ausgestattetetes Ministerium gefordert habe. Dieselbe Forderung stellten auch der Obmann des Fortschrittlichen Parteiverbandes Stadtrat Dr. Hein und Blausbergermeister Doh.

Der Bürgermeister über die Mehlerverorgung Wiens.

Bürgermeister Weiskirchner bringt folgenden zur Kenntnis: Sowohl Stadtrat als auch Obmannkonferenz erkannten bereits im November des Vorjahres die Gefahr einer Kürzung der Ration an Brot und Mehl und haben die Regierung rechtzeitig auf diese Erscheinung aufmerksam gemacht. Bereits in den Jahren 1915 und 1916 wurde immer wieder die Forderung erhoben, daß der Gemeinde ein eiserner Vorrat zur Verfügung gestellt werde.

Nun brohe in der vergangenen Woche allerdings nicht die Gefahr einer Verordnung, sondern tatsächlich die Gefahr einer Kürzung der Ration, und in den letzten Tagen gelang es der Kriegsgetreideverkehrsanstalt nur mit dem Aufgebot aller Kräfte und unter reichlicher Verwendung von Kochmehl und zu Mehl vermahlener Roggarbe, den Mehlbedarf für die Brotverzehrung von einem Tag auf den andern sicherzustellen. (Rufe: Unerhört!) Dieser Zustand ist unhaltbar und unerträglich (Lebhafte Zustimmung), weil die Versorgung einer Bevölkerung von zwei Millionen Menschen nicht auf den Zufall rechtzeitig oder verspätet stützender Getreidetransporte gestellt werden kann. Die systematischen Versorgungsversuche, die gewissen Tagesfärbereien, die wir von Zeit zu Zeit in den Zeitungen lesen, sind wertlos, sie dienen nur dazu, die Bevölkerung zu betäusch-

Es steht vielmehr außer allem Zweifel, daß das staatliche Getreideregime infolge der verhängnisvollen Fehler und Irrtümer im Aufbringungsdienste vollständig zusammengebrochen ist. Ueber das Tor der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt könnte ruhig geschrieben werden „Bankrott“. Um so mehr ist es zu bedauern, daß das Volksernährungsamt gegenüber allen Parteien des Wiener Gemeinderates einmütig aufgestellten Forderungen laub geblieben ist. Während Niederösterreich seiner Logabepflicht in vollem Umfang nachgekommen ist, sind die Subetenländer aus Aktioposten in der Getreideaufbringung Passivposten geworden, und da trotz aller Versprechungen Ungarn in der Anlieferung von Edelgetreide überaus säumig ist (Rufe: Höri!), basiert derzeit die Brotmehlvorsorgung fast ausschließlich auf den Maiszufuhren aus Rumänien (Rufe: Höri!), welche unter erheblichen Schwierigkeiten herbeigebraucht werden.

Der Brotfrieden.

Wie mir von berufener Stelle mitgeteilt wurde, sind auch die Maiszufuhren aus Rumänien nur mehr für einen relativ kurzen Zeitraum sichergestellt, und es bleibt zur Vermittlung des Ueberganges bis zur neuen Ernte nur die Erfassung und Aufbringung der in der Ukraine gelagerten Getreidevorräte. (Höri! Höri!) Als ich an der Spitze des Wiener Gemeinderates den Grafen Czernin aus dem Wiener Nordbahnhof bei seiner Ankunft aus Brest-Litowsk zu begrüßen Gelegenheit hatte, da konnte ich ihn wohl bezeichnend als den Bringer des von der Wiener Bevölkerung heiß ersehnten Brotfriedens bezeichnen. Nun bin ich wohl genötigt, darauf hinzuweisen, daß die österreichische Regierung die Bedeutung dieses Brotfriedens im Interesse der Wiener Bevölkerung doch nicht voll erfasst hat. (Rufe: Die hat nicht dürfen.) Während die Truppen des verbündeten Deutschen Reiches ohne jede feindselige Absicht gegen die selbständige Republik Ukraine in das Land marschieren, um die dort lagernden Getreidevorräte zu sichern und nach Deutschland zu schaffen, hat der österreichische Ministerpräsident erklärt, daß unsere Truppen die Front nicht verlassen und nicht zu dem gleichen Zwecke in die Ukraine einmarschieren werden. (Stürmische Wuirufe.) Ich weiß nun nicht, welche anderen Maßnahmen die österreichische Regierung ergriffen hat, um das so notwendige Getreide in der Ukraine zu sichern und herauszubringen. Aber ich habe mir erlaubt, im Herrenhause eine solche Anfrage an die Regierung zu richten. (Stürmische Wuirufe!) Ich gewärtige, daß die Bevölkerung Wiens eine beruhigende Antwort erhalten wird, denn wir haben nichts schönzuarbeiten, wir müssen den Verhältnissen klar entgegensehen, und unsere Bevölkerung muß die volle Wahrheit erfahren. (Lebhafte Beifall.) Wenn die Verhältnisse so weiter fortgehen, sind wir nicht imstande, durchzuhalten. Die österreichische Regierung muß wieder Vertreter nach Berlin senden, um Hilfe für die Wiener Bevölkerung zu erbitten. (Rufe: Wer ist schuld daran?) Ich glaube daher wohl, daß ich namens aller Kollegen des Wiener Gemeinderates an die Regierung die mahnende Forderung richten muß, alles daran zu setzen, damit die Getreidevorräte, die nach dem Friedensvertrag für uns bestimmt sind, in der Ukraine erfasst und mit möglicher Beschleunigung hergebracht werden.

Forderung auf Schaffung eines Ernährungsministeriums.

Ich muß aber schon sagen, daß mich die Zeitungsnachrichten, die ich heute lesen konnte, sehr heftig überrascht haben. Die Wiener Gemeindevertretung fordert seit langer Zeit die Errichtung eines eigenen Ernährungsministeriums mit einem Minister an der Spitze, der beiden Häusern des Reichsrates verantwortlich ist. Jetzt soll aber wieder ein Hofrat an die Spitze des Amtes kommen (Höri! Höri! Rufe), er soll wieder dem Ministerpräsidenten unterstellt werden. Wollen wir denn eine zweite Auflage der Episode Rodstein erleben? Ich glaube, wir müssen an den Ministerpräsidenten die Forderung richten, das Ernährungsamt nicht als Experimentierfeld zu betrachten. Dieses braucht ein strenges Strafenregime. Wir müssen einen Mann an der Spitze haben, der auch mit jenen Machtmitteln ausgestattet wird, um die Aufbringung zu gewährleisten und die gerechte Verteilung zu sichern. Mit dieser Mahnung an den Ministerpräsidenten will ich meine Ausführungen schließen. (Lebhafte, andauernde Beifall.)

Schäfer fragt, ob der Bürgermeister den berechtigten Wünschen der Grünwaren- und Obsthändler auf Anhebung der „Geos“ entsprechen will.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt in seiner Antwort, wenn je eine Zentralstelle den Versorgungsnachweis ihrer vollsten Ausführbarkeit erbracht habe, so sei dies die „Geos“. (Zustimmung.) Wir haben jedes Vertrauen in diese Zentralstelle verloren, und wir können nur mit den Marktrenten, denen Klagen mir sehr gut bekannt sind und denen ich immer ein aufrichtiger Freund und Beschützer war, in den Ruf einstimmen: „Einweg mit den „Geos“! (Lebhafte Beifall.)